

Ein Hauch alternativen Wirtschaftens

Von Lutz Brangsch

Auch wenn das offizielle Gedenken diesen Aspekt ausblendet: das am Ende der DDR einfach eine größere BRD stehen sollte, war im Herbst 1989 noch nicht ausgemacht. Mit der Grenzöffnung und der anhaltenden Abwanderung schien das Ende immer unvermeidlicher zu werden, trotzdem wurde über Alternativen nach beiden Seiten – Realsozialismus und Kapitalismus - nachgedacht. Die Diskussionen zu einer Wirtschaftsreform waren so mehr als Sandkastenspiele. Sie setzten, soweit sie ernsthaft geführt wurden, an den Schwächen zweier in ihrem Selbstverständnis sich gegenseitig ausschließenden Systeme an. Noch im Dezember/Januar unterschrieben mehr als eine Millionen Menschen den Aufruf „Für unser Land“ und sprachen sich damit für einen eigenständigen Weg der DDR aus. Im Herbst 1989 war auch in Teilen der Opposition wenigstens ein Unbehagen gegenüber den an sich gut bekannten Problemen der alt-BRD vorhanden. Zugegebenermaßen ist es schwierig, den Hauch der Alternative unter der Oberfläche der situationsgeprägten Sprache zu finden. Wo war der Hauch der Alternative zu spüren? Wenn es ansatzweise einen Konsens bezüglich der Zukunft gab, so war es die Vorstellung einer öko-sozialen Marktwirtschaft. Das zeigt sich zum Beispiel in dem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ von „Demokratie jetzt“ vom 12. September 1989. Es ging um den „Einklang von Ökonomie und Ökologie“. Es sollten nur solche staatlichen Aufsichts- und Lenkungs Kompetenzen bestehen bleiben, die für die Bindung jeglicher Wirtschaftstätigkeit an das Gemeinwohl erforderlich sind (Umwelt- und Sozialverträglichkeit). Gewerkschaftliche Mitbestimmung, Wählbarkeit von Führungskräften, echte Rechenschaftspflicht der Leitung gegenüber der Belegschaft und Gewinnbeteiligung der Belegschaften wurden gefordert. Die „Ermöglichung privater Wirtschafts- und Eigentumsformen“ stand unter dem Vorbehalt, dass eine angemessene Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleistet sei. Von der Ausbeutung und Verschmutzung der Umwelt sollte zu einem dauerhaften Zusammenleben mit der Natur übergegangen werden. Es sei ein Wandel der gesellschaftlichen Zielbestimmung und der leitenden Werte nötig, um zu einem Wandel des Lebensstiles hin zu mehr Gemeinschaftlichkeit und Lebensqualität kommen. Deutlich hörbar hier im Hintergrund die umfassende Zivilisationskritik eines Friedrich Schorlemmer oder des marxistischen Häretikers Robert Havemann, genauso wie die west-grüne Programmatik. Das Komitee für Unterhaltungskunst forderte am 11. Oktober der Leistungs- und Konsumgesellschaft des Westens das zukunftsorientierte Modell einer Arbeitsgesellschaft und Solidargemeinschaft des Sozialismus entgegenzustellen. „Wir können nicht besser, wir können nur anders sein.“

Auch seitens der Arbeiter*innen wurden Forderungen bezüglich einer Wirtschaftsreform formuliert. Sie finden sich vor allem in den Aufrufen zur Schaffung neuer Gewerkschaften und waren dementsprechend vor allem von den damit verbundenen Interessen verknüpft. Im Mittelpunkt eines solchen Aufrufes aus dem Geräte- und Reglerwerk Teltow Mitte Oktober 1989 standen neben allgemeinen gesellschaftspolitischen Forderungen diesbezüglich die Eigenständigkeit der Betriebe, Mitbestimmung der Gewerkschaften im Betrieb, weit über das, was Betriebsräte der BRD konnten hinaus, Streikrecht, Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern sowie die Überwindung von Mangelwirtschaft, Schlangestehen und Schwarzhandel.

In der Opposition vertraten die Vereinigte Linke und die Grüne Liga am entschiedensten die doppelte Absage an die bisherigen Modelle in Ost und West. In der Böhlener Plattform der Vereinigten Linken von Anfang September 1989 finden sich in einem vorgeschlagenen „Minimalkonsens einer breiten unabhängigen sozialistischen Opposition“ unter anderem Forderungen nach öffentlichem Eigentum an den Hauptproduktionsmitteln in demokratischer Mitbestimmung und Selbstverwaltung durch die Arbeitenden, Kollektive Kontrolle der Arbeitenden über den Produktionsprozess in Betrieb und

Gesellschaft, Verbot der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Humanisierung und Qualifizierung der Arbeit, Verkürzung der Arbeitszeit und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft als Hauptkriterien der Produktivkraftentwicklung in einer freiheitlichen sozialistischen Gesellschaft. Sowohl der antistalinistische, als auch der antikapitalistische Charakter sollten verfassungsrechtlich fixiert werden. Eine Makroökonomische Wirtschaftssteuerung sei an sozialen, wissenschaftlich-technischen, ökologischen und kulturellen Programmen auszurichten und über Rahmenpläne, Staatsaufträge und Wirtschaftsverträge zu realisieren.

Eine andere Richtung war reformerischer, wenn auch in der Konsequenz nicht weniger entschieden. Entgegen landläufigen Vorstellungen war die DDR-Wirtschaftsordnung in beständiger Bewegung. Ob man das als Reformprozess verstehen kann, sei dahingestellt. Jedenfalls waren fast alle Widersprüche, die die wirtschaftliche Entwicklung der DDR prägten, Gegenstand von Diskussionen und Handlungsvorschlägen. Das Pendeln zwischen Mangel und Verschwendung, veraltete Anlagen, fehlende Ersatzteile, Umweltprobleme, zu geringe Produktivität, Entfremdung vom Volkseigentum usw. wurden nicht erst im Herbst 1989 im akademischen Raum, innerhalb der SED und in der Öffentlichkeit sowieso diskutiert. Seit Mitte des Jahres hatte es mehrere Beiträge von Gesellschaftswissenschaftlern gegeben, in der im Rahmen der Vorbereitung des XII. Parteitages der SED durchaus bedenkenswerte Reformvorstellungen publiziert worden waren. Sie standen aber eben unter dem Gesichtspunkt der politischen Kontinuität. Daran setzten die Konzepte an, die in der Staatlichen Plankommission und ihrem Umfeld und in verschiedenen anderen wissenschaftlichen Einrichtungen erarbeitet oder wenigstens angedacht wurden. Auch die Studie „Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels des Sozialismus und der Weiterentwicklung gesellschaftsstrategischer Konzeptionen in der DDR und anderer sozialistischer Staaten des RGW“ – kurz gesagt des „Forschungsprojektes Moderner Sozialismus“ an der Humboldt – Universität ist hier einzuordnen.

Diese Studie, die Mitte 1989 fertig war, sticht hinsichtlich der wirtschaftlichen Reformvorstellungen aus dem sonstigen Alternativendiskurs dadurch hervor, da sie als eine der Grundlagen für ein eigenes Konzept eine umfangreiche Bewertung der Erfahrungen der Wirtschaftsreformen in den anderen realsozialistischen Staaten vornimmt. Als eine der Haupttendenzen dieser Reformen sieht sie das Setzen auf die Triebkraftwirkung des Marktmechanismus, die Schaffung einer sozialistischen Marktwirtschaft mit Zügen der einfachen Warenproduktion oder des Kapitalismus der freien Konkurrenz, an die sich, so die AutorInnen, utopische Hoffnungen im Sinne eines „Marktromantismus“ knüpfen. Das trifft zweifellos auch auf einen Teil der Vorstellungen in der DDR im Herbst 1989 zu, bleibt hier aber immer flankiert mit einem gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch. Die genannte Studie bleibt hinsichtlich konkreter Vorschläge akademisch-vage. Wie auch in den schon angeführten Vorstellungen geht es immer um das Verhältnis von Demokratie, Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Unternehmen und ihrer Belegschaften, flexibilisierte und entbürokratisierte Planung, Anerkennung von Leistung sowie sozialer und ökologischer Innovation.

Dieser skeptische Optimismus verliert sich im November. In einem Nachwort zu der Studie, geschrieben nach der Grenzöffnung, heißt es helllichtig, dass, sobald die Wirtschaft und ihre Manager in der DDR gelernt hätten, den entstandenen Freiraum zu nutzen, sie das machen würden, was jede freie Wirtschaft mache, nämlich die Entwicklung der Wirtschaft als Selbstzweck vorantreiben. Das bedeute eine Kommerzialisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Daher müsse die Wirtschaftsreform auf schnellstmögliche und umfassende Demokratisierung und öffentliche Kontrolle konzentriert werden. Durch ein System von Wirtschafts- und Sozialräten könnte in diesem Kontext selbst bei voller Internationalisierung der Arbeitskräfte-, Waren-, Geld- und Kreditbewegungen und des Kapitalverkehrs eine sozialistische Entwicklungsrichtung beibehalten

werden. An die Stelle einer eigenständigen Gestaltungsoption tritt eine, von den veränderten Verhältnissen diktierte, mehr oder weniger trotzig verteidigte Haltung.

Am 3. November erscheint im Neuen Deutschland, damals noch Zentralorgan der SED, ein erster Artikel, der die Forderungen nach einer Wirtschaftsreform ausdrücklich aufgreift. Wolfgang Heinrichs, Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften und Wolfram Krause, Abteilungsleiter in der Bezirksleitung Berlin der SED stellen ihre Vorschläge unter die Überschrift der „Erneuerung des Sozialismus“. Sie reißen sich ein in die von den Blockparteien entwickelten Vorstellungen und die in den zahllosen Gesprächen des Monats Oktober von Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft geäußerten Wünsche für Veränderung. Ihnen fehlt allerdings der Hauch des erfrischend Anderen, der von der Zeit gefordert wird. Am Ende ihres Artikels betonen sie, dass die Durchführung der Wirtschaftsreform sich nicht ohne Risiken und Spannungen vollziehen könne. Sie stellen die Frage, was im Interesse der Erneuerung des Sozialismus zu wagen sei. Diese Frage wird im November gegenstandslos. Alle weiteren Reformdiskussionen sind eigentlich keine mehr, sondern nur noch Versuche, erst einmal den Zerfall der DDR-Wirtschaft aufzuhalten. Später geht es darum, die Bestimmung der Konditionen der deutschen Einheit nicht der bundesdeutschen Seite und der entstehenden neuen politischen Elite allein zu überlassen. Zwar betonte Hans Modrow Anfang Dezember, dass die Stabilisierung der Wirtschaft nicht die Wirtschaftsreform sei. Das Ziel der Wirtschaftsreform sei weiter gesteckt, sie müsse radikal und auf die Herausbildung einer „wirklich“ sozialistischen Wirtschaft gerichtet sein. Die Instrumente dafür sind allerdings unklar. Da schienen die aufkommenden Forderungen nach Übernahme des bundesdeutschen Modells und Anschluss an die BRD schon handfester zu sein. Die offiziellen Diskussionen ab November 1989 treffen nicht mehr den radikaldemokratischen Geist vom September und Oktober. Und ab Dezember beginnt das Schielen auf den Platz in der neuen, großen BRD. Christa Luft, Wirtschaftsministerin unter Modrow, meint in einem Interview, dass man mutiger hätte sein müssen. Sie bezieht das auf die Darstellung der tatsächlichen Lage der DDR-Wirtschaft gegenüber der Öffentlichkeit. Diese Einschätzung lässt sich aber auch erweitern – auf den Charakter der Reformversuche selbst. Sie scheiterten vor allem an zwei Punkten – sie kommen zu spät, und sie sind frei von Utopie. Das am Runden Tisch bis März 1990 präsen- te Beharren auf einer sozial und ökologisch bestimmten Entwicklungsrichtung, das Beharren der Vereinigten Linken auf basisdemokratischen Elementen oder der Auftritt von Rudolf Bahro auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED sind Nachklang des Herbst 89, mehr noch aber Einstieg in eine neue Runde der Alternativendiskussionen unter ganz anderen Vorzeichen. Die in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung geistig bereits vollzogene deutsche Einheit und der voranschreitende Zusammenbruch des RGW, dessen Funktionieren für eine wie auch immer reformierte DDR-Wirtschaft zentral gewesen wäre, ließen keine Zeit und keinen Raum. Dass im Westen der Widerstand gegen eine deutsche Einheit noch stark war, spielte dabei keine Rolle.

In den 1990ern prangte an einer Hauswand in einer Seitenstraße des Rosa-Luxemburg-Platzes in Berlin der Satz: Das Chaos ist aufgebraucht – es war die beste Zeit. Die Antwort auf die von Wolfgang Heinrich gestellte Frage, was man wagen müsse, hätte heißen sollen: Alles. Aber das wollte nun auch niemand.

Februar 2020